

Friedensethische Thesen für die Synode der Nordkirche 6./7. Mai 2022

1. *Die friedensethischen Positionen eines Vorrangs für Gewaltfreiheit als prima ratio unter Einschluss einer rechtserhaltenden Gewalt als ultima ratio und einer Position der prinzipiellen Gewaltfreiheit sind als politische Optionen anzuerkennen und ernst zu nehmen.*

Der weitgehende friedensethische Konsens in der EKD orientiert sich an der Denkschrift von 2007¹, die vom Vorrang der Gewaltfreiheit und ziviler Mittel der Konflikttransformation ausgeht. Das ist auch weiterhin als Normalfall und „prima ratio“ anzusehen. Instrumente der „rechtserhaltenden Gewalt“, zu denen auch Sanktionen und Waffenlieferungen gehören, sind nachrangig und müssen die Ausnahme bleiben. Andere Positionen in der EKD vertreten einen prinzipiellen Pazifismus, der nicht nur als individuelle Entscheidung, sondern auch als politische Option anzuerkennen ist. Erfahrungen auch kirchlicher Organisationen und Studien zur Wirksamkeit² gewaltfreier Bewegungen zeigen, dass gewaltfreie Bewegungen in der Überwindung von Konflikten erfolgreicher sind als gewaltförmige. Beide Positionen müssen jeweils zu Ende denken, was sie voraussetzen und vertreten, beide müssen ihre Dilemmata offenlegen. Beide Wege können scheitern. Beide Wege bleiben nicht ohne Leid und Schuld.

2. *In der Ukraine herrscht ein brutaler Angriffskrieg, gegen den sich die Ukraine mit militärischen und zivilen Mitteln zur Wehr setzt. Allein auf den Weg der Gewaltfreiheit zu setzen, erscheint unter den gegebenen Umständen keine Aussicht auf Erfolg zu haben. Aber auch eine militärische Unterstützung hat Grenzen.*

Friedensethik muss sich in der jeweiligen konkreten Situation bewähren. In der Ukraine findet ein Angriffskrieg Russlands statt, der einen eklatanten Bruch des Völkerrechts darstellt und mit äußerster Brutalität geführt wird. Nehmen wir den russischen Präsidenten ernst, so geht es um einen imperialistischen Krieg, der auch vor anderen Ländern nicht Halt machen würde (z.B. Georgien, Moldawien). Das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen steht außer Frage. Auch friedensethisch ist entscheidend, dass die Ukraine mit großer Unterstützung in der Bevölkerung beschlossen hat, militärisch **und** zivil Widerstand zu leisten. Eine Unterstützung der Ukraine im Rahmen der rechtserhaltenden Gewalt hat ihre Grenze in der Vermeidung einer Eskalation, die zu einer Ausweitung des Krieges auf weitere Länder oder zum Atomkrieg führt. Der Weg der Gewaltfreiheit erfährt seine Begrenzung in der konsequenten und brutalen

¹ Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen, Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, 2007

² Erica Chenoweth and Maria J. Stephan „Why Civil Resistance Works: The Strategic Logic of Nonviolent Conflict“, Columbia University Press 2012; Erica Chenoweth, Civil Resistance, What everyone needs to know, Oxford University Press, 2021

Ausschaltung der Zivilgesellschaft in Russland und ihrer drohenden Unterdrückung in der Ukraine im Falle einer russischen Okkupation.

3. *Eine „Zeitenwende“, die sich nur auf militärische Aus- und Aufrüstung konzentriert, ist abzulehnen, bedarf vielmehr eines gesamtpolitischen Ansatzes, der Klima-, Energie-, Wirtschafts-, Entwicklungs- und Gerechtigkeitsfragen einbezieht.*

Der Krieg in der Ukraine macht in besonderer Weise darauf aufmerksam, dass wirtschaftspolitische, entwicklungspolitische, energiepolitische und klimapolitische Fragen auch Fragen der Sicherheit und des Friedens sind. Um den Hungertod von Millionen zu verhindern, das Klima zu retten, gerechtes Wirtschaften und Unabhängigkeit in Energiefragen zu erreichen, bedarf es großer Investitionen. Deshalb führt eine „Zeitenwende“, die sich allein auf die militärische Sicherheit konzentriert, in die Irre. Eine Bundeswehr muss in der Lage sein, ihren Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung zu erfüllen. Die gegenwärtig genannten Summen leuchten im Angesicht der Ausgaben für Verteidigung allein der europäischen NATO-Staaten und der Notwendigkeit der Investition in andere Bereiche nicht ein.